



Nr. 218. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 11. Mai 1876.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Mai.
10 Uhr. Am Ministerialen Graf zu Eulenburg, Kult. Ministerialdirektor
Förster, Geh. Räthe Rothe, Liebrecht, de la Croix, Lucanus u. a.; später
Minister Friedenthal.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlesung der Interpellation
des Abg. Dr. Franz betreffend die bei dem Erzpriester Beer in Ohlau
abgeleitete Hausforschung.

Auf die Auffrage des Präsidenten, ob und event. wann die Interpellation
beantwortet werden solle, erwidert

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Regierung war der
in der Interpellation angeführte Vorschlag nicht bekannt, und sie hat deshalb
einen Bericht eingefordert. Dieser ist erst heute kurz vor der Öffnung der
Sitzung eingegangen, und es ist deshalb unmöglich gewesen, ihn so genau
durchzulegen, um daraus die Beantwortung der Interpellation begründen zu
können. Ich schlage deshalb vor, die Verhandlung dieses Gegenstandes auf
eine der nächsten Sitzungen anzuheben. Dann würden entweder der Cultus-
minister oder ich bereit sein, die Interpellation zu beantworten.

Damit ist der Gegenstand für heute erledigt.

Es folgt die dritte Beratung des Gelehrtenwurfs, betreffend die Ver-
teilung der öffentlichen Lasten bei Grundstückssteilungen und die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen
Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen.

Zur Generaldiscussion bemerkte

Abg. Lasker: Zu meinem großen Bedauern hat das Haus in zweiter
Leistung einen Verbesserungsantrag zu § 15, der von dem Ansiedlungscom-
miss handelt und den Kernpunkt des ganzen Gesetzes entält, abgelehnt.
Würde dieser Paragraph in der Fassung der Regierungsvorlage bestehen, so
wird uns die Zustimmung zu dem ganzen Gesetz unmöglich gemacht. Ich
bedaure, daß ich gezwungen bin, diese meine Ausstellungen in Abwesenheit
des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, der dies Gesetz
eingebracht, zu machen, ich muß es hier aber offen aussprechen, daß diese
Regierungsauffassung des § 15 von Neuem beweist, wie wir es hier wieder
mit einer Sorte von Gesetzesgebung zu thun haben, die sich ein liberales
Mäntelchen umhängt, um unter dieser Firma alte reactionäre Grundsätze
festzuhalten und zur Geltung zu bringen. Nach § 15 soll der Ansiedlungs-
consens bestätigt werden, wenn ein Einpruch erhoben wird, der den Verdacht
rechtfertigt daß die Ansiedlung den Schutz der benachbarten Grundstücke ge-
fährdet. Diese so allgemein gehaltene Bestimmung macht die Ansiedlungs-
freiheit, welche diese Vorlage scheinbar gewähren will, geradezu illusorisch.
Denn der Begriff der Ansiedlung hat eben die Bedeutung, daß darunter
nur ein von anderen Wohnstätten weit entfernter und entlegener Anbau zu
verstehen ist, so daß die stärkere Kontrolle wegen ewiger Gefährdung benach-
barer Grundstücke durch den Begriff der Ansiedlung bereits von selbst er-
schwert oder ausgeschlossen ist. Eine Bestimmung, welche ganz allgemein
diesen Mangel der Kontrolle zum Kriterium der Besiegung des Bauconsenses
machen will, ist also durch und durch reactionär und entschieden zu ver-
werfen. Bekanntlich hat Fürst Bismarck es als Grundüber aller unserer Zei-
t und als eine hauptliche der Ausbreitung der Socialdemokratie auf dem
Lande erklärt, daß es dem Arbeiter unmöglich gemacht wurde, sich da niederge-
zulassen und ein Grundstück zu erwerben, wo er glaubt, seinen Unterhalt
finden zu können. Dieser Grundsatz scheint ja diese Vorlage veranlaßt zu haben. Wenn aber dies die Erfüllung des Auspruches des Fürsten Bis-
marck sein soll, so müssen wir erklären, wir wollen es lieber beim Aten
lassen, als eine Reform in dieser reactionären Gestalt accepieren. (Sehr
wahl! links.)

Regierungs-Commissar Geh. Räthe Rothe: Ich bedaure, daß mein
Herr Chef noch nicht hier ist. Die Vorwürfe des Vorredners scheinen mir
durchaus nicht gerechtfertigt. Die Vorlage hat eine Menge und gerade die
stärksten Befürchtungen der Freiheit, die bisher obwalten, beseitigt:
so vor Allem die unbedingte Besiegung wegen Mangels an Vermögen und
wegen Beschränktheit der Person des Ansiedlers; man kann sie deshalb ge-
wiss nicht reactionär nennen.

Abg. Benning fand gleichfalls im Anschluß an die Ausführung des
Abg. Lasker nur dringend wünschen, daß der Vorlage, insbesondere dem
§ 15, eine verbesserte Gestalt im Sinne der größeren Ermächtigung von An-
siedlungen gegeben werde.

Die §§ 1 bis 3 werden hierauf ohne Debatte in der Fassung der zweiten
Leistung genehmigt, desgleichen § 4, welcher von der Bekanntmachung des
Verhüllungsplans der Renten handelt mit einem Verbesserungsantrag des
Abg. Kummer, wonach die Frist für Beschränkungen gegen die Verhüllung
nicht 14 Tage, sondern 21 Tage währen soll.

§ 12 lautet: Die in Gemäßigkeit dieses Gesetzes über die Verhüllung von
Läden getroffenen endgültigen und die nach § 11 getroffenen vorläufigen Fest-
setzungen sind im Verwaltungsweg vollstreckbar.

Hierzu beantragt Abg. Kallenbach: Die in Gemäßigkeit dieses Ge-
setzes über die Verhüllung von Läden getroffenen Festsetzungen, sowie die
nach § 11 getroffenen vorläufigen Festsetzungen sind im Verwaltungsweg
vollstreckbar.

Nachdem der Regierungs-Commissar Geh. Räthe dieses Amende-
ment durchaus unpraktisch und nur geeignet erachtet hat, die Einfachheit und
Gleichmäßigkeit des Verfahrens zu verwirren, wird dasselbe abgelehnt
und § 12 in der Fassung der zweiten Leistung angenommen.

§ 13 lautet: Wer außerhalb einer im Zusammenhang gebauten Ortschaft
ein Wohnhaus errichten oder ein schon vorhandenes Gebäude zum
Wohnhause einrichten will, bedarf einer von der Ortspolizeibehörde zu ertheilenden
Ansiedlungsgenehmigung. Vor deren Aushändigung darf die poli-
zeiliche Bauerlaubnis nicht ertheilt werden.

Hierzu beantragen die Abgeordneten Lippe und Hammacher statt der
Worte: „Wer außerhalb einer im Zusammenhang gebauten Ortschaft“ zu
sezieren: „Wer in erheblicher Entfernung von einer im Zusammenhang
gebauten Ortschaft außerhalb des für dieselbe festgestellten Bauplatzes oder
außerhalb seines bereits bebauten Grundstücks“.

Abg. Schlüter schlägt vor I) zwischen den Worten „bedarf“ und
„einer“ den Satz einzuschalten: „sofern nicht das neue Gebäude mit einem
vorhandenen in räumliche oder sachliche Verbindung gebracht werden soll“; II)
als zweites Alinea hinzuzufügen: „Eine Ansiedlungsgenehmigung ist nicht
erforderlich für Gebäude, welche an einer Straße errichtet werden sollen,
deren Anlegung nach dem aus Grund der Wegeordnung festgestellten Bau-
plan erfolgt ist.“

Abgeordneter Hammacher: Soweit ich den Antrag Schlüter habe ver-
stehen können, stimmt er im Wesentlichen mit dem unsern überein. Es
kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Art und Weise, wie die Regierung
den Begriff der Ansiedlung definiert, im Gegenzug zu dem aktuellen Zustand
eine Erweiterung enthalt, mithin die Zahl der Fälle, in denen ein Consens
erforderlich ist, im directen Gegensatz gegen die freiheitliche Entwicklung
verkehrt wird. Die Bedeutung dieser Vermeidung fällt um so mehr ins
Gewicht, je dringender von allen Seiten das Bedürfnis einer Reform des
Ansiedlungsweisens im freiheitlichen Sinne anerkannt wird. Wollten wir
daher die Fassung der Regierungsvorlage unverändert annehmen, so müs-
sen wir den gegenwärtig bestehenden Rechtszustand geradezu verschlechtern.
So bedarf es gegenwärtig keines Consenses, wenn zur Verbesserung einer
bereits bestehenden Nebelerlaßung eine neue „Ansiedlung“ erfolgt. Nach
der gegenwärtigen Vorlage ist auch hierzu ein Consens erforderlich. Dem
gegenüber wollen wir in unserem Antrage aussprechen, daß überall, wo ein
Grundstück bereits bebaut ist, die Errichtung neuer Ansiedlungen baulich
freigestellt sein soll. Wir wollen den Begriff einer Ansiedlung, zu der ein
Consens erforderlich wird, nur in dem Fall gesetzlich statuiren, wo es sich
darum handelt, in einer bedeutenden Entfernung von Wohnstätten ein
Grundstück zu bebauen. Ich kann das Haus nur dringend bitten, unsere
Anträge anzunehmen.

Minister Dr. Friedenthal: Das Amendum Lippe halte ich für völlig
unannehmbar, weil durch die Einführung des Begriffes „entfernt“, ein ganz

äußerliches Moment in den Paragraphen hineingebracht wird und damit dem
reinen geschlechterlichen Gedanken nur neue Schwierigkeiten bereitet werden,
statt alte Hindernisse zu beseitigen. Das Amendum ist überdies, trotz
seiner Casuistik nicht für alle Fälle zutreffend, denn es kann eben so gut eine
einfache Ansiedlung ungefährlich und eine nahe gefährlich sein, wie um-
gekehrt. Dem Antrage Schlüter kann ich in seinem zweiten Theile zustimmen;
der erste Theil ist mir nicht völlig verständlich.

Abg. Lasker: Da, wie wir sehen, noch viele Unsicherheiten und Unbe-
stimmtheiten in der Vorlage existieren und auf allen Seiten des Hauses die
Neigung zur Amendingung derselben zu herrschen scheint, so beantrage ich, die
Beratung dieses Gegenstandes von der heutigen Tagesordnung abzuheben
und dieselbe auf einen späteren Tag zu verschieben.

Minister Dr. Friedenthal: Gegen die Beratung habe ich nichts einzuwenden, da zu hoffen ist, daß die Angelegenheit an Klarheit gewinnt. Doch
muß ich für den Fall der Beratung jetzt das Wort ergreifen, um gegen-
über einigen Äußerungen des Abg. Lasker eine Vertheidigung eintreten zu
lassen. Wenn derselbe auf eine Neuerung des Herrn Ministerpräsidenten
Bezug genommen hat, wonach eine verbindliche Regelung des Ansiedlungs-
weisens einen Schutz gegen sociale Mißstände und Agitationen der Social-
demokratie gewährt, so ist diese Neuerung ein Beleg für die erfreuliche
Tatsache, daß über die Grundgedanken der Gesetzesgebung die volle Über-
einstimmung zwischen dem Präsidenten und den Mitgliedern des Staatsmini-
steriums besteht. Unrichtig aber ist die Annahme, daß das Gesetz auf Grund-
einer Neuerung entstanden sei und lediglich diese zur Voraussetzung habe.

Dieselbe war vorbereitet und getragen von der Abst. eines vom Lande

gewünschte und von der Staatsregierung als nothwendig erkannte Reform
des Ansiedlungsweisens in der Richtung eintreten zu lassen, daß die unbere-
chtigten und auf Willkür beruhenden Einschränkungen der wirtschaftlichen
Freiheit beseitigt und nur diejenigen Schranken beibehalten würden, welche
dagegen schützen, daß nicht der Gebrauch der Freiheit vor der einen Seite
die wohlgegründeten Eigentumsrechte des Anderen schädige. Der Abg. Lasker
hat dem Gesetz vorgeworfen, daß es unter einem liberalen Mantelchen con-
servative Gesetzespunkte zur Geltung zu bringen sucht. Ich weise diese Be-
hauptung mit Entschiedenheit zurück. Ich meine nichts Streb' wider danach,
liberale noch conservative Gesetze zu entwerfen, sondern Gesetze, die dem tatsäch-
lichen Bedürfnisse entsprechen und auch auf die Voraussetzungen gebau-
t sind, welche aus den Thatsachen sich ergeben. (Zustimmung.) Nicht die
Partei-Doktrinen sind es, von denen eine verbindliche Gesetzesgebung aus-
zugehen hat. (Sehr richtig!) In Wirklichkeit ist aber die behauptete Differenz
zwischen dem Entwurf und den Anträgen nicht vorhanden. Die letzteren
enthalten nichts anderes als eine Berlegung des Gedankens des Ent-
wurfs. Es lag mithin nicht die Veranlassung vor, diese Frage in der ge-
schilderten Art prinzipiell aufzubauen. In Summa: ich weise die Kritik
des Abg. Lasker als ungerechtfertigt zurück.

Der Beratungs-Antrag des Abg. Lasker wird hierauf angenommen.

Abg. Lasker (persönlich): Da ich nicht das Privilegium habe, wie der Herr Minister, zu jeder Zeit und über jeden Gegenstand zu sprechen, und ich
nach der Gesetzesordnung nicht in der Lage bin, in den Rahmen einer ver-
söhnlichen Bemerkung die Angriffe, die der Herr Minister auf Hörensagen hin
gegen mich gerichtet hat, zurückzuweisen, so erkläre ich hier nur von vorherher
dass ich bei der nächsten Gelegenheit in sachlicher Debatte zeigen werde, daß
meine Kritik des Gesetzesentwurfs eine zutreffende war.

Es folgt die dritte Beratung des Gelehrtenwurfs, betreffend die evan-
gelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen.

In der Generaldiscussion eignete zunächst das Wort gegen die Vorlage
Abg. v. Gerlach. Der Redner, dessen Ausführungen auf der Linie einer
größtmöglichen Heil und verständlich blieben, setzte in längerer Rede anstandsvoll,
daß die vorliegende General-Synodal-Ordnung für die evangelische Landeskirche
das nicht enthalte, was die Bezeichnung ausdrückt. Eine Kirchenverfassung
sei ohne ein grundlegendes Glaubensbekenntnis nicht zu denken; ein solches
sei aber in der General-Synodal-Ordnung nicht vorhanden. Die Kirche sei zur
Zeit krank, und da sie dies sei, so hält Redner die Zeit für nicht geeignet
Synoden zu schaffen.

Abg. v. Bismarck-Flatow: Meine Freunde erblicken in der vorgelegten
Kirchenverfassung nicht eine ganz neue Verfassung, die der evangelischen Kirche
gegeben wird, sondern nur die in einzelnen Punkten abweichende bisherige
Rechtsverfassung. Wenn wir der Synodalordnung unsere Zustimmung geben,
so geht es nicht, weil wir unbedingte Anhänger jeder einzelnen ihrer
Bestimmungen wären, sondern deshalb, weil uns aus den verschiedensten
Kreisen die Überzeugung entgegentrete, es müsse etwas in der Richtung
geschehen, daß die Bevölkerung in weiteren Kreisen praktisch für kirch-
liche Zwecke in Anspruch genommen und dadurch interessiert werde.
Wir glauben, auf dem Wege, den die kirchlichen Organe selbst eingeschlagen
haben, diesen die Hand bieten zu müssen. Wir sagen uns, daß bei der innerhalb der Kirche bestehenden Differenzen eine wirkliche Einheit
nicht sobald erreicht werden kann, hoffen aber, daß bei weiser Mäßigung von
allen Seiten eine Einigkeit für bestimmte praktische Zwecke hergestellt werden
kann und hergestellt werden wird. Wenn man sich durch allerlei Kasten
gegen mögliche Übergriffe der kirchlichen Behörden sichern zu müssen glaubte,
so sind wir dieser Tendenz nur deshalb nicht entgegengetreten, um den Haupt-
zweck nicht zu gefährden.

Abg. v. Bismarck-Flatow hatte in der zweiten Leistung einen
Änderungsantrag gestellt, der, im Gegensatz zu unseren Beschlüssen die
Sanction der Kirchengesetze nicht von der vorherigen Genehmigung des
Staatsministeriums abhängig macht. Der eigentliche Grund unserer Ab-
lehnung ist damals nicht zur Sprache gekommen. Ich habe die Befürchtung,
daß an einer andern Stelle dieser von conservativer Seite getilmene Antrag
neu aufgenommen, daß er als von uns durch keinen Grund widerlegt
dargestellt wird, und wir ihn dann unter sehr viel schwierigeren Verhältnissen
wiederbekommen werden. Jener Antrag gab nämlich die Möglichkeit, daß
die kirchliche Behörde bei dem Könige die Sanction eines Kirchengesetzes er-
langte und daß sie damit das Recht, selbstständig Gesetze zu machen, auf-
geworfen, ein Recht, das sie bisher unbestritten besessen hat. Es wird ein staatliches —
richtiger ministerielles Placet eingeführt. Das Staatsministerium wird sich hierbei
nicht auf das staatliche Gebiet beschränken, es wird sich auch durch Erwagungen
rein kirchlicher Natur leiten lassen. Auf der andern Seite können Sie
es mit aller Ihrer Macht nicht dahin bringen, die Entstehung eines katholi-
schen kirchlichen Gesetzes zu hindern. Die evangelische Kirche ist als solcher
gestellt als die katholische. Ist das Parität? Es liegt in der Theorie sehr
gut, daß hier hinter dem Landesherrn als Staatsoberhaupt der Landesherr
als summus episcopus steht. Herr v. Sybel hat uns diesen Zustand als
das Ideal zur Abwendung jedes Conflictes geschildert. Mit einem solchen
Gesetz bestätigen Sie das landesherrliche Kirchenregiment aber nicht. Es
muß nach und nach auf die kirchlichen Organe übergehen.

Abg. Dr. Wehrenpfennig: Daß wir die katholische Kirche nicht hin-
dern können, Gesetze zu machen, ist uns kein Vorwurf, denn diese Gesetze
findet im Auslande statt, wir müssen uns mit solchen Bestimmungen
wie das Placet begnügen. Die evangelische Kirche wird also von uns nicht
zurückgestellt, zumal wir das Wefen dieser Kirche nicht im Gesetzmachen
finden. Der Abg. v. Bismarck-Flatow hatte in der zweiten Leistung einen
Änderungsantrag gestellt, der, im Gegensatz zu unseren Beschlüssen die
Sanction der Kirchengesetze nicht von der vorherigen Genehmigung des
Staatsministeriums abhängig macht. Der eigentliche Grund unserer Ab-
lehnung ist damals nicht zur Sprache gekommen. Ich habe die Befürchtung,
daß an einer andern Stelle dieser von conservativer Seite getilmene Antrag
neu aufgenommen, daß er als von uns durch keinen Grund widerlegt
dargestellt wird, und wir ihn dann unter sehr viel schwierigeren Verhältnissen
wiederbekommen werden.

Jener Antrag gab nämlich die Möglichkeit, daß der königliche Kirchenbehörde
erlangte und daß sie damit das Recht, selbstständig Gesetze zu machen, auf-
geworfen, ein Recht, das sie bisher unbestritten besessen hat. Dies ist der Würde der Krone ent-
gegen. Daß dagegen nach unseren Beschlüssen die Kirchenbehörde so lange
warten soll, bis das Staatsministerium befragt ist, beruft die Krone nicht.
Dieselben Gründe, hat der Präsident des Oberkirchenrats, der wahrlich auf
die Würde der Kirche und das summus episcopus bedacht ist, in einer vor-
zeitlichen Rede entwickelt.

Abg. v. Bismarck-Flatow: Meines Erachtens kann es nur darauf
ankommen, Vorfälle zu treffen, daß der König unterrichtet wird, ob einem
Kirchengesetz Staatsgesetze entgegenstehen. Wenn Sie es für möglich halten,
daß der König mit Bewußtheit den Staatsgesetzen entgegentritt, so hätte
er überhaupt keine Bestimmung. Was Abg. v. Bismarck-Flatow hat, liegt eben
in dem landesherrlichen Regiment. Der König ist einmal nur eine einzige
Person. Wir sind aber überzeugt, daß anders absolut keine Möglichkeit ist,
die Einheit der evangelischen Kirche aufrecht zu halten.

Abg. Miquel: Ich würde unbedingt gegen den Absatz 2 stimmen, wenn
daran läge, was der Abg. Bismarck fürchtet, daß das Staatsministerium aus
rein kirchlichen Erwägungen gegen die Sanctionierung eines Kirchengesetzes
stimmen würde.

Abg. v. B. Neck: Ein prinzipieller Widerspruch gegen die Vorlage ist
nur von den protestantischen Mitgliedern der Centrumspartei und von der
Partei des Abgeordneten Birchow erhoben worden. Mich haben die Aus-
führungen dieser Herren nur in meiner Auffassung bestätigt. Ich erblicke in
der General-Synodal-Ordnung eine wohl gegliederte, in sich harmonische Orga-
nisation, welche geeignet ist, unserer seit Jahrhunderten gemachten Handlungen
und in sich zerfallenen evangelischen Kirche ein frisches Leben und eine
freiere Entwicklung zu verleihen, als ihr das bisher bei ihrer vollständigen
Gebundenheit und bei dem Mangel jeglicher Organisation möglich war.
Was geboten wird, ist nur ein Minimum des durchaus Erforderlichen. Ich
gebe der Staatsregierung anheim, zu erwägen, ob nicht die Abschaffung der
Sioßgebühren die geeignete Gelegenheit giebt, der Kirche die ihr gebührende
Dotierung zu gewähren.

Art. 1 wird angenommen.

Zu Art. 8, der die Befugnisse der vereinigten Kreissynoden der
Stadt Berlin regelt, beantragt der Abg. v. Neck die Streichung des
letzten Satzes: „Die Aufnahme von Auseiden ist untersagt.“ Dieser Antrag
wird abgelehnt.

Bei Art. 10, der von den Rechten der Provinzialsynoden handelt, nim

rungsvorlage. Ich freue mich, daß auch in den conservativen Parteien, wie der Abg. v. Bismarck-Zlatow gezeigt hat, die Anschauung Bloß geprägt hat, auch der König sei nur eine Person und könne sich nicht in zwei teilen. Eine Fiction, wie die letztere, bildet aber die Prämisse der Fassung der Regierungsvorlage. Ich bitte Sie also, die correctere Fassung des Artikels nach den früheren Beschlüssen anzunehmen.

Art. 13 wird hierauf nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen; ebenso ohne Debatte Art. 14.

Bei Art. 15 bemängelte Abg. Brügel die formelle Fassung des Artikels, wie sie aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist.

Art. 15 und ebenso die Art. 16 bis 22 werden ohne weitere Debatte genehmigt.

Art. 23 zählt in 8 Nummern die Rechte auf, welche den Staatsbehörden den kirchlichen Organen gegenüber vorbehalten werden. Darunter gehört nach Art. 8 die Mitwirkung bei der Einführung oder Abschaffung allgemeiner kirchlicher Feiertage.

Abg. Schmidt (Sagan) beantragt, diese Nummer dahin zu fassen: „Die Einführung und Abschaffung regelmäßiger Feiertage bedarf der Zustimmung der Landesvertretung. Zur Anberaumung einzelner besonderer Feiertage genügt die Zustimmung des Staatsministeriums.“

Abg. Brügel: Der König Jerobeam sagte einst: „Mein Vater hat euch mit Ruten gepeitscht, ich will euch mit Scorpionen strafen.“ Jetzt heißt es nicht mehr wie damals: „neue Geißeln statt der alten Ruten, sondern neue Geißeln neben den alten Ruten. Obwohl die Kirchenregimentlichen Behörden von jetzt an nur kirchliche Functionen haben sollen, so wird doch bei ihrer Belebung wie bei der Belebung von Staatsbehörden die Mitwirkung des betreffenden Ministers gefordert. Meine Anträge, welche eine Remedy für diese Härte und Inconsequenz schaffen sollten, wurden in der Commission abgelehnt, obwohl die Regierung denselben keinen Widerstand entgegensezte. Die Kirche ist jetzt schlechter gestellt wie jede andere Corporation, die doch ihre Bedeutung selbstständig regeln kann. Dieses Gesetz ist zu Stande gekommen unter dem Druck der politischen Parteien. Art. 23 etabliert das vollkommene Staatsregiment in der Kirche, und davor warne ich Sie.

Abg. Jung bezeichnet die Nr. 8 der Commissionsschluß als hervorgegangen aus der Befürchtung vor der Einführung neuer Feiertage durch die Generalsynode, welche volkswirtschaftlich und moralisch schädlich seien, erblieb aber in der erforderlichen Zustimmung des Ministeriums keine genügende Garantie dagegen. Der Antrag Schmidt (Sagan), welcher den Apparat der Gesetzgebung zur Einführung neuer Feiertage in Bewegung setzen wolle, greife zu sehr in ein Internum der Kirche ein. Redner beantragt die gänzliche Streichung der Nr. 8.

Abg. Schmidt (Sagan) will durch seinen Antrag mögliche Zweifel und Missdeutungen des Gesetzes beseitigen und empfiehlt deshalb dessen Annahme.

Geh. Rath Lucanus kann sich nicht für den Antrag Schmidt, wohl aber für den Antrag Jung erklären.

Der Antrag Schmidt wird abgelehnt, Nr. 8 auf den Antrag des Abg. Jung gestrichen und ohne dieselbe Art. 23 angenommen.

Art. 25 sieht die Fälle fest, in denen die Beschlüsse der kirchlichen Organe zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde bedürfen.

Abg. Dr. Nassei belagt sich über eine zu weit gehende Beschränkung der kirchlichen Organe und wünscht eine größere Freiheit in der Selbstverwaltung der Gemeinden.

Art. 25 wird angenommen; ebenso ohne Discussion die Art. 26 und 27.

Art. 28 lautet: Die Staatsbehörde ist berechtigt, von den kirchlichen Vermögensverwaltung Einsicht zu nehmen, zu diesem Behuf die Etats und Rechnungen einzufordern, sowie außerordentliche Revisionen vorzunehmen und auf Abstellung der etwa vorgefundnen Gesetzwidrigkeiten durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zu dringen.

In Beziehung auf die verantwortliche Verwaltung und Verwendung der Staatsfonds zu den bestimmten kirchlichen Zwecken wird durch dieses Gesetz nichts geändert.

Abg. Krehc beantragt, als zweiten Absatz einzufügen: Weigert sich ein Gemeindelichenrat oder eine Gemeindevertretung, Leistungen, welche aus dem kirchlichen Vermögen zu befreien sind, oder den Gemeindemitgliedern oder sonstigen Verpflichteten obliegen, auf den Staat zu bringen, festzusezen oder zu genehmigen, so ist sowohl das Consistorium als auch die staatliche Aufsichtsbehörde unter gegenseitigem Einvernehmen befugt, die Eintragung in den Staat zu bewirken und die weiter erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Abg. Dr. Wehrenpfennig will vor dem Worte „Leistungen“ das Wort „seelschlich“ einschalten und statt „staatliche Aufsichtsbehörde“ sehen „Staatsbehörde“.

Abg. Krehc motiviert seinen Antrag mit dem Hinweis auf eine gleiche Bestimmung in dem Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens.

Ministerialdirektor Förster erklärt sich mit dem durch das Unter-Amenement modifizierten Antrag einverstanden, weil derselbe eine empfindliche Lücke des Gesetzes ausfüllt.

Abg. Miquel hält den Antrag für höchst bedenklich, weil lediglich durch ihre discretionäre Gewalt die Staatsregierung auf Grund desselben eine Erhöhung des Pfarrgehaltes in den Staat stellen und zwangsläufig durch Erhöhung der Steuern decken könnte.

Abg. Wehrenpfennig glaubt, daß dieses Bedenken durch die Einschaltung des Wortes gesetzlich hinfällig werde.

Gleichwohl wird der Antrag Krehc abgelehnt und der Art. 28 unverändert angenommen, ebenso ohne Discussion die Art. 29 und 30.

Schließlich wird das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 141 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abgg. Kallenbach, Kieschke, Schulz (Guben) und Wulfshain; ferner die freikonservative und die neu-konservative Fraktion. Dagegen stimmt das Centrum, die Polen und die Fortschrittspartei außer den Abgg. Brüggemann, v. Kirchmann, Mühlbeck und Seydel. Die Abgg. Frhr. v. Mantius und Petri enthalten sich der Abstimmung.

Rächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Interpellation von Heermann, Eisenbahn von Jethoe nach Heide, Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen.) — Schluss 4½ Uhr.

Berlin, 9. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten z. D. Leonhardt, zuletzt Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (Cuppen) 1. Rheinischen Landwehr-Regiments Nr. 25, und dem Major a. D., Straub, bisher Platzmajor in Rastatt, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem gräflich stolberg-wernigerodischen Rentamtmann Reinhold zu Raden, im Kreise Kratoschin, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Hofstall Adam zu Berlin das Kreuz der Zubaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern; dem Steuer-Ausseher Hümme zu Friedeburg im Kreise Auriach, dem Kreisboten Siehr zu Ankam, dem Feldboten Büll zu Borghorst im Kreise Ederförde, dem Barbier und Heilgeiligen Großwalde zu Marienwerder und dem Oberfeuermann und Schornsteinfeger Meß zu Aachen das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Färbermeister Wilhelm Krüger zu Ditzsch die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat gestern um 3 Uhr Nachmittags in Allerhöchstes Palais den bisherigen kaiserlich türkischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Aristarchi Bey in feierlicher Audienz empfangen und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Majestät des Sultans entgegengenommen, wodurch er von seinem bisherigen Posten abberufen wird. Als Vertreter des auswärtigen Amtes war bei der Audienz der Staats-Secretär von Bülow zugegen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat den seitigen königlich preußischen Ober-Stabs- und Regiment-Arzt, Sanitäts-Rath Dr. Struck hierfür zum Director des Gesundheitsamtes ernannt.

Berlin, 9. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] begab sich heute 8½ Uhr nach Potsdam, besichtigte das Garde-Jäger-Bataillon und die Unteroffizier-Schule auf dem Lustgarten, und demnächst das 1. Garde-Regiment auf dem Bornstedter Felde und kehrte nach kurzem Aufenthalt auf Schloß Babelsberg von Station Neu-Babelsberg mittels Extrajuges nach Berlin zurück. Von 2 Uhr an nahm Allerhöchsteselbe Vorträge entgegen von dem Kriegsminister, dem Chef der Admiralität und dem Oberst v. Haugwitz, i. V. für das Militär-Gabinett.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] verweilte gestern längere Zeit im deutschen Hospitale in London und ließ sich sämtliche dabei beihilftige Personen vorstellen. Nach dem Frühstück auf der deutschen Botschaft erhielt Ihre Majestät Audienzen und besuchte, vor der Rückkehr nach Windsor, die Herzogin von Cambridge. — Abends war ein größeres Diner in Windsor. (Reichsbund.)

○ Berlin, 9. Mai. [Internationaler Maschinenmarkt.]

— Subvention.] Zu Königsberg i. Pr. wird vom 27.—31. Mai d. J. ein internationaler Maschinenmarkt abgehalten werden. Es handelt sich hierbei vorzugsweise um landwirtschaftliche Maschinen. Nach den von dort hier eingegangenen Nachrichten sind sehr zahlreiche Anmeldungen zur Beschickung des Marktes eingegangen. Außer deutschen Fabrikanten werden auch viele englische und französische ihre Erzeugnisse dorthin senden. Besonders werden die Mähmaschinen in großer Anzahl vertreten sein. Sie werden auf einen großen Absatz zu rechnen haben, da die Gutsbesitzer, wenn irgend thunlich, sich bei dem herrschenden Arbeitermangel mit diesen Maschinen versehen werden. Auch die Dreschmaschinen werden stark gesucht werden, da man auch bei ihrer Anwendung eine Ersparnis der Menschenkräfte erzielt. Weiters werden es aber solche Dreschmaschinen sein, welche durch Göpelwerk betrieben werden. — Der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten hat dem Märkischen Centralverein für Bienenzucht die Weiterbilligung einer jährlichen Beiblätter von 1050 M. in Aussicht gestellt, wenn der Verein sich bezüglich seines allgemeinen Geschäftsbetriebs dem landwirtschaftlichen Central-Verein für die Mark Brandenburg und Niederlausitz als eine Section anschließen würde. Es sind von ihm bereits die erforderlichen Schritte gethan.

= Berlin, 10. Mai. [Graf Andrássy.] Von der russischen Botschaft. — Zum Empfang des Kaisers Alexander.

— Die Städteordnung.] Heute früh ist der österreichische Minister des Auswärtigen Graf Andrássy genau zur festgesetzten Zeit auf dem heutigen Anhaltischen Bahnhofe angekommen. Der österreichische Botschafter Graf Caroly und das gesammelte Botschaftspersonal erwarteten den Minister am Bahnhofe. Auf Befehl des Kaisers war ein Beamter des Hofmarschall-Amtes erschienen, welcher dem Grafen eine Hof-Equipage und einen königl. Diener für die Zeit seiner Anwesenheit zur Verfügung stellte. In diesem Wagen begaben sich der Minister und der Botschafter in das Hotel des Letzteren. Heute Vormittag machte der Minister Besuch. Er hatte eine Besprechung mit seinen Begleitern im Hotel Royal, vor welchem sich viele Neugierige gesammelt hatten. Später begab er sich zum Fürsten Bismarck, auch sollte noch heute sein Empfang bei Sr. Majestät dem Kaiser stattfinden. Der Minister ist von seinem Unwohlsein völlig geheilt, soll jedoch noch etwas angegriffen sein. Inzwischen werden sich die Theilnehmer an den diplomatischen Besprechungen vermehren, denn noch im Laufe des Tages wird hier der russische Botschafter in Wien, Graf Novikow, erwarten. Die Hauptverhandlungen sollen Freitag und Sonnabend stattfinden; man bleibt dabei, daß ein schriftliches Abkommen getroffen werden soll. Vielfach ist die Angabe verbreitet, daß die bekannten, von den Insurgenten in der Herzegowina der russischen Regierung übermittelten Wünsche eine Berücksichtigung bei den bevorstehenden Verhandlungen finden würden. — Auf der heutigen russischen Botschaft herrscht eine sehr rege Thätigkeit. Während man in vollstem Umfange mit den Vorbereitungen zu dem morgenden Enttreffen des Kaisers Alexander beschäftigt ist, hatte man die Prinzessin Wilhelm von Baden zu empfangen, welche seit dem Tode ihrer Mutter, der Großfürstin Helene, in Petersburg verweilte und sich nun auf der Rückreise nach Carlruhe zu ihrer Familie befindet. Für den morgenden Empfang des Kaisers von Russland ist Folgendes angeordnet: Der Kaiser Wilhelm, der Kronprinz und sämmtliche zur Zeit hier anwesenden Prinzen und fürstlichen Gäste begeben sich, und zwar event. in russischer Uniform mit großer russischer Ordensbändern nach dem Empfangszaale des Ostbahnhofes, welcher reich dekoriert wird. Auf dem Pferd des Bahnhofes, wo sich die Generalität u. versammelt, werden aufgestellt eine Compagnie 2. Garde-Regts. z. F. mit Musikcorps und Fahne; ferner die directen Vorgesetzten dieser Compagnie bis zum commandirenden General, die Commandeure des 6. Kürassier-Regiments (Brandenburg) und des 3. Ulanen-Regiments (Fürstenwalde), deren Chef der Kaiser Alexander ist. Am Hotel der russischen Botschaft wird die erste Compagnie des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regts. aufgestellt sein, und zwar gleichfalls mit Spielzeug und Fahne, und es wird hierbei der Commandeur des Regiments dem kaiserlichen Chef den Rapport des Regiments übergeben. — Die Städteordnung-Commission des Abgeordnetenhauses hat heut die zweite Lesung des Entwurfs vollendet. Morgen wird bereits der erste der drei schriftlichen Berichte vorlesen.

N.-L. C. [Die Eidesfrage.] Ihre Sitzung vom 8. Mai begann die Reichsjustizcommission mit der Discussion über § 425, welcher lautet: „Der Eid beginnt mit den Worten: „Ich schwör bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“, und schließt mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe.““ Zu demselben hatte der Abg. Herz den Antrag gestellt, die Eidesformel lediglich lauten zu lassen: „Ich schwör“, während der Abg. Lasker als § 425 a folgenden Zusatz beantragt hatte: „Das Gericht kann gestatten, daß der Schwörende, welcher keiner der in einem Bundesstaate anerkannten Religionsgesellschaften angehört, den Eid statt mit den im § 425 vorgeschriebenen Anfangs- und Schlussworten bloss mit den Anfangsworten „Ich schwör“ bekräftige.“ Beide Anträge wurden abgelehnt und der § 425 unverändert angenommen. Desgleichen wurde zu § 426 der Regierung Santrag abgelehnt, den Satz zu streichen: „Der Schwörende erhält bei der Eidesleistung die rechte Hand“; ebenso der zu § 450 gestellte Antrag.

D. R. C. [Dementi.] Das hier und da austauchende Gericht, als ob mit dem früheren Könige von Hannover resp. dessen Erben über die braunschweigische Erbfolge verhandelt werde und diese Frage namentlich durch eine Abdankung des Königs Georg ihre Lösung finden solle, wird uns einstweilen als verfrüht bezeichnet.

[Kaiserliches Geschenk.] Dem seitigen türkischen Botschafter am heutigen Hause, Aristarchi Bey, welcher gestern Nachmittag sein Anerkennungsschreiben in feierlicher Audienz überreicht hat, ist von Seiner Majestät dem Kaiser und König Allerhöchstes Marmorbüste nebst entsprechender Marmorconsole als Andenken zum Geschenk gemacht und auf Allerhöchsten Befehl noch gestern Abend überandert worden. Der zum Amtsnachfolger des seitigen Botschafters ernannte Edhem Pascha ist heute in Berlin eingetroffen.

[Der Mord in Saloniki.] In Ergänzung der Telegramme über die Vorfälle in Saloniki liegt aus Konstantinopel eine offizielle Relation über diese Angelegenheit vor, welche vorerst allerdings nichts Anderes als einen im Laufe des 7ten auf der Pforte Pforte eingelangten telegraphischen Bericht des General-Gouverneurs von Saloniki zur Grundlage hat. Der genannte General-Gouverneur meldet seiner Regierung den Hergang in folgender Weise:

Ein junges christliches Landmädchen, welches zum Islam übergetreten war, kam auf der Eisenbahn nach Saloniki, woselbst sie auf dem Bahnhofe einige Bapties erwartete und, dem Herrnmonat gemäß, nach der Residenz des General-Gouverneurs führen wollten. Da sammelten sich über Anstiftung des Consuls der Vereinigten Staaten beiläufig 150 Personen, überfielen das junge Mädchen, entzündeten ihr einen Schleier und Mantel, und entführten sie gewaltsam in das Haus eines Christen, welcher Vorgang die Muselmänner, die Zeugen dieses gewalttätigen Austrittes waren, im hohen Grade erbitterte. Alsbald wählte sich die in Aufzug gerathene Menge zur Residenz des Gouverneurs, um mit Beharrlichkeit zu verlangen, daß die junge Mohammedanerin in die Residenz zurückgebracht werde. Um die Anteilnahme derselben zu erwarten, versammelte sich die Volksmenge einstweilen in einer Moschee. Alle Be-

mühungen, sowohl Seiten des Behörde, wie auch der Notablen, um auf die Menge, welche nicht anders als durch das Erscheinen des jungen Mädchens oder durch das Einlaufen von Truppen zu zerstreuen gewesen wäre, Einfluß zu erlangen, blieben ganz ohnmächtig.

In diesem Augenblicke wurde der General-Gouverneur benachrichtigt, daß die Consuln von Deutschland und Frankreich in die von der Volksmenge besetzte Moschee eingedrungen seien. Er begab sich unverzüglich persönlich dabin, um die Gemüter zu beruhigen. Aber alle seine Bemühungen waren vergeblich.

Sowie die Volksmenge sah, daß das junge Mädchen nicht eintraf, riß sie die Gitterböcke heraus, bewaffnete sich damit, verschaffte sich auch andere Waffen und stürzte sich auf die Consuln.

Wiewohl der General-Gouverneur verzweifelte Versuche mache, die Angreifenden mit seiner Person zu decken, so blieb er doch ohnmächtig, sie zu tödten, und erlagen dieselben schließlich unter den Streichen der Angreifer. In Folge dieses Geldehusses eilten Truppen sowohl von dem türkischen Stationsschiffe als auch aus der Kaserne herbei, denen es schließlich gelang, die Auführer zu zerstreuen.

Der General-Gouverneur traf sofort weitere Vorsichtsmaßnahmen, indem er die Consulate und einige andere Privatwohnungen mit Gendarmen und Schilzwachen zum Schutz versah. Alsbald, nachdem die Ordnung hergestellt war, wurde die Verfolgung und Verhaftung der Schuldigen eingeleitet.

Dieses schmerliche Ereignis hat die Höhe Pforte tief bewegt und dieselbe hat beschlossen, rasch und mit der größten Strenge gegen die elenden Urheber dieser Misere bat zu zögern. Zu diesem Behufe wurden sofort zwei kaiserliche Commissäre mit Vollmachten ausgerüstet, nach Saloniki entsendet und werden die derselben von Delgarten der deutschen und französischen Botschaften in Konstantinopel begleitet.“

Dresden, 10. Mai. [Die zweite Kammer] genehmigte den Ankauf der Leipzig-Dresdener Bahn für den Staat mit 49 gegen 22 Stimmen.

Würzburg, 9. Mai. [Ablehnung.] Der „Neuen Frankfurter Presse“ berichtet man aus Würzburg vom 6. Mai: „Die definitive Ernennung des Professors Dr. Stein zum Bischof von Würzburg, welche bereits ausgesetzt im Ministerium lag, wurde durch dessen Ablehnungsdeklaration abermals illusorisch, und so besteht für die fränkische Diözese neuerdings das Stadium der bischöflosen Zeit.“

Deutschland.

Wien, 9. Mai. [Die Kämpfe in Bosnien.] Aus allen Theilen Bosniens langen Berichte über fortwährende Kämpfe ein. Die bedeutendsten derselben, soweit darüber bereits Nachrichten eingelaufen sind, mögen hier recapitulirt werden.

Am 3. d. Mts. rückte ein ansehnliches Detachement türkischer Truppen in das Risobac-Gebirge, um die dort lagernden Insurgenten-Ceten (Scharen) aufzusuchen. Bei Risobac-Glavica entspann sich zwischen der Ceta des Amelie und den Türken ein Gefecht. Schon neigte sich der Sieg auf Seite der Türken, als die Scharen des Bojnovic und Davibovic zu Hilfe kamen und die Türken zum Rückzuge zwangen, nachdem sie noch zwei vergebliche Angriffe wagten. In diesem Gefechte wurde der Cetaboda (Anführer eines Trupps) Bojnovic erheblich verwundet. Von einem Siege der Insurgenten kann füglich nicht die Rede sein.

Am 4. d. Mts. trieben 300 Insurgenten eine Viehherde, ferner mit Kulturzehrbeladene Pferde ins Gebirge, wo sich zahlreiche flüchtige Familien befinden, die nur auf eine günstige Gelegenheit warten, um gleichfalls auf österreichisches Gebiet zu flüchten. 400 Redifs, unterführt von Bosnien, griffen den Zug an, mußten jedoch den Platz nach Hinterlassung von etwa 60 Toten und zahlreichen Verwundeten räumen. Die Insurgenten erbeuteten 42 Hinterläder; ihr Verlust beträgt 21 Mann an Toten und nur wenige Verwundete.

Am selben Tage brachten die Türken in Erfahrung, daß bei Topola, in der Nähe von Cababica, eine größere Insurgenten-Ansammlung (für den Georgstag) geplant sei. Es wurden die in Krupa und Nobo vorhandenen türkischen Truppen, darunter auch Cavallerie, dahin entboten, und ist es diesen auch ohne Mühe gelungen, die im Angriffe befindlichen Insurgenten zu zerstreuen. Die Letzteren zogen sich jedoch einig, ohne bedeutendere Verluste erlitten zu haben, in den Wald zurück, werden sich jedoch baldig an einem anderen Punkte anzusammeln, um eine Verbindung mit den Scharen des Dukic, Jovo Karan und Niko Gerk herzustellen.

Dagegen haben die Aufständischen bei Brezna einen Sieg über ihre Gegner davongetragen. Die Türken griffen die Insurgenten in drei Colonnen an, mußten aber, in der Flanke überflüchtig, sich rasch zurückziehen. Wenigstens der Kampf nur von kurzer Dauer war, so kostete der beiden Theilen große Opfer. Die Insurgenten geben ihren Verlust auf

wird ebenfalls dort erwartet. — Wie aus Ragusa gemeldet wird, hat Muhtar Paša gestern mit Erfolg eine Expedition zur Verproviantirung von Piva unternommen.

Budapest, 10. Mai. Die liberale Partei billigte in ihrer heutigen Conferenz mit 181 gegen 69 Stimmen den Standpunkt, welchen die Regierung laut der Darlegung Tisza's bezüglich des Ausgleiches eingenommen, nachdem die Minister wiederholt betont hatten, daß die Regierung Klarheit haben müßte. Nach der Abstimmung meldet Csernatory seinen Austritt aus dem Club an.

Ragusa, 9. Mai. Die Weitergewährung von Unterstützungen an die aus Bosnien geflüchteten erfolgt auf anderweitigen von Wien aus telegraphisch eingegangenen Befehl. — Der Präsident des Senats von Montenegro ist heute von Cattaro nach Wien abgereist. — In Antivari sind zwei türkische Fregatten mit Geschützen und Munition angekommen. In Scutari (Albanien) ist die Landung von weiteren 15 Schiffen Nizamtruppen angekündigt, für den See von Scutari sind zwei Kanonenboote bestimmt.

Versailles, 9. Mai. In der heutigen Sitzung der Budget-Commission sprach sich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herzog Decazes, gegen das Amendement Tirard's betreffend die Aufhebung der französischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl mit Entschiedenheit aus, indem er als Hauptgrund gegen die Aufhebung namentlich die Eventualität eines demnächstigen Conclave geltend machte. Das Amendement wurde schließlich mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt und in Folge dessen von dem Deputirten Tirard ganz zurückgezogen.

Versailles, 10. Mai, Abends. Der Senat hielt eine kurze Sitzung. Nächste Sitzung Montag. Deputirtenkammer: Dufaure beantragte übereinstimmend mit der Amnestie-Commission, die Amnestievorlage Montag zu berathen. Cassagnac erklärte, er widerspreche dem Antrag nicht, bemerkte aber daß eine Petitionsbewegung nicht

hätte stattfinden können, wenn das Ministerium eine Berathung vor der Vertragung der Kammer zugelassen hätte. Er stimmte unter den gegenwärtigen Umständen der verlangten Vertragung bei, damit sich Dufaure rechtfertige und beweise, daß er das Vertrauen des Landes besitze. Der Protestation der Linken gegenüber erklärte Dufaure, es sei nicht die Schuld der Regierung, daß die Discussion nicht vor Vertragung der Kammer stattfinden konnte. Die Berathung der Amnestievorlage wird auf Montag festgesetzt.

London, 9. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Unterstaatssekretär der Colonien, Lowther, auf eine Frage des Deputirten Watt, es seien keine neuen Unruhen in Barbados vorgekommen, dagegen habe der Gouverneur telegraphisch gemeldet, daß es auf Tabago zu Ruhestörungen gekommen sei. Die Veranlassung derselben sei noch nicht bekannt; der Gouverneur habe jedoch das Kriegsschiff „Argus“ abgesandt und der Staatssekretär der Colonien, Carnarvon, den Gouverneur telegraphisch um nähere Mittheilungen ersucht.

London, 10. Mai. Ihre Majestät die Kaiserin Augusta, die Königin Victoria und die Prinzessin Beatrice sind in Buckingham-Palace eingetroffen. Der Prinz von Wales wird morgen daselbst erwartet.

London, 10. Mai. Das Urteil des Admiralsgerichts in Sachen, betreffend den Zusammenstoß zwischen der „Franconia“, und dem „Strathclyde“ ist gestern publicirt worden und spricht die „Franconia“ allein schuldig.

Haag, 10. Mai. Die zweite Kammer hat heute das neue Münzgesetz genehmigt. Durch dasselbe wird die reine Goldwährung (Münzen von 5 und 10 Gulden) eingeführt. Für die Zwecke des Verkehrs sollen Guldenstücke in Silber (mit dem effectiven Werthe von 0,945) und Cents in Bronze geprägt werden. Der Antrag, auch in den indischen Besitzungen die Goldwährung einzuführen und dadurch die Münzuniformität mit dem Mutterlande aufrecht zu erhalten, wurde dem Staatsrathe zur Berathung überwiesen.

Petersburg, 9. Mai. Der Kaiser hat heute Mittag auf dem Marsfeld die Truppen des Gardekorps die Revue passiren lassen und ist heute Abend 8 Uhr nach Berlin abgereist. — Die Neva ist in Folge der eingetretenen Kälte wieder zugefroren.

Konstantinopel, 10. Mai. Ein der Regierung aus der Herzenzowina zugegangenes Telegramm bestätigt die Meldung von der erfolgten Verproviantirung Pivas durch die türkischen Truppen. Letztere haben weder auf dem Hinmarsch nach Piva noch auf dem Rückmarsch nach Gacko Insurgenten angetroffen.

Bukarest, 10. Mai. Das neue Ministerium ist durch Ernennung des Oberst Slanicau zum Kriegsminister, Jerichide's zum Justizminister vervollständigt worden.

Bukarest, 10. Mai, Abends. Das demissionirte Cabinet Floreșcu legte noch der Kammer die Handelsconvention mit Russland vor. Im neuen Ministerium übernimmt Berneșu das Innere, Chiză den Cultus.

New-York, 9. Mai. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Mexico hat sich Diaz vor den Regierungstruppen auf Matamoras zurückgezogen. — Die Kabelverbindung zwischen Rio-Grande und Montevideo ist wiederhergestellt.

Philadelphia, 9. Mai. Zum Besuch der Ausstellung ist bereits eine sehr grosse Anzahl von Fremden hier eingetroffen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Grant, die Mitglieder des Cabinets, sowie Vertreter der beiden Häuser des Congresses und andere hervorragende Persönlichkeiten sind anwesend. Die Strafen sind auf das Festlichste geschmückt. Zu der morgen stattfindenden Eröffnung der Ausstellung sind gegen 4000 Einladungen ergangen. Nach dem offiziellen Verzeichniß der auswärtigen Commissare sind 40 Länder auf der Ausstellung vertreten.

(Aus L. Hirsch's Telegr.-Bureau.)

Wien, 10. Mai. Auf besondere Einladung begibt sich der montenegrinische Senatspräsident Petrović zu den Conferenzen nach Berlin.

Ragusa, 9. Mai. Die türkische Armee in Albanien hat ihr Hauptquartier nach Podgorizza (nahe an Montenegro) verlegt.

Ragusa, 10. Mai. Tausende von Flüchtlingen, welchen die österreichische Staatsunterstützung entzogen worden, versammelten sich gestern vor dem Bezirksamt und batzen um Brot, jedoch ohne Erfolg. Die Flüchtlinge zogen sodann vor das Rathaus. Die Commune konnte ebenfalls nicht helfen. Die Gendarmerie mußte schließlich einschreiten, um die Bevölkerung, welche energisch für die Flüchtlinge demonstrierte, zu zerstreuen. Einige hundert Flüchtlinge erbaten vom russischen Generalconsulat Hilfe, welche denn auch versprochen wurde, sobald die Zustimmung der russischen Regierung eingetroffen sein würde. Zwei Kinder sind tatsächlich dem Hungertode bereits erlegen. Unter den Flüchtlingen grasten stark die Ruh und der Hungertypus. Der Vorfall erregt hier ungeheures Aufsehen.

Rom, 9. Mai. Wie die „Liberta“ meldet, haben sich die Verhandlungen mit Rothschild verschlagen, da die Regierung ½ Fr. Ertragniß per Südbahn-Actie weniger bietet, als im Basler Vertrag stipuliert worden. Außerdem wird eine Ermäßigung des Materialpreises um 20 Millionen Frs. verlangt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 10. Mai, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] Report für italienische Rente —, für österreichische Staatsbahn —, Lombarden —, 3% Rente 67, 85, Anleihe de 1872 105, 22%, Italiener 5% Rente 71, 90, do. Tabaksactien —, do. Tabakobligationen —, Franzosen 562, 50, Lombardische Eisenbahnen 182, 50, do. Prioritäten 237, 100, Türken de 1865 12, 45, do. de 1869 74, —, Türkensloose 37, 75, Credit mobilier 162, Spanier exter. 13%, do. inter. 12%, Suezcanal-Actien 731, Banque Ottomane 362, Societe generale 522, Egypter 218, —, Oesterl. Staats-Eisenbahn-Actien —. Wechsel auf London 25, 21%. Rubig, uneben. Schlüß ziemlich fest.

London, 10. Mai, Nachmittags 4 Uhr. [Schluß-Course.] Consols 96%. Italien 5% Rente 71%. Lombarden 7%. 3% Lombarden-Prioritäten, alte —, do. neue 9%. 5% Russen de 1871 97, do. 5% de 1872 96%. Silber 53%. Türkische Anleihe de 1865 12%. 5% Türkische de 1869 13%. 6% Vereinigte Staaten pro 1885 104%. do. 5% fundierte 106%. Silberrente —, Papierrente —, 6% ungar. Schabond 87, 6% ungar. Schabond II. Eniss 84, 5% Peruauer 21%. Spanier 13%. Blaibiscont 1% p.c. In die Bant flossen heute 7000 Pf. Sterl.

Frankfurt a. M., 10. Mai, Nachm. 2 Uhr. [Schluß-Course.] London Wechsel 203, 90, Pariser Wechsel 80, 95, Wiener Wechsel 169, 15, Böhmisches Westbahn 148%, Elisabethbahn 123%, Galizier 163, Franken 223%, Lombarden 74, Nordwestbahn 110%, Silberrente 59%, Papierrente 56%, Russ. Bodencredit 86, Russen 1872 98%, Russ. Anleihe —, Amerikaner de 1885 101%, 1860er Loos 101%, 1864er Loos —, Creditact. 117%, Ost. Nationalb. 724, 00, Darmst. Bant 101, Brüsseler Bant —, Berliner Bankverein 81%, Frankfurter Wechslerbank 77%, Deutsch-Österreicher Bant 90%, Steiniger Bant 78%, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 156%, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 99%, Oberhessen 72%, Ungarische Staatsloose 152, 00, do. Schw. alte 86%, do. neue 84%, Central-Pacific 91%, Türken 11%, Ost. Ostb.-Obl. II. 61%, Deutsche Vereinsbank —, Bardubitzer Actien —, fest, bei geringem Geschäft.

Nach Schlüß der Börse: Creditactien 117%, Franzosen 224%, Lombarden 74%, 1860er Loos —, Elisabethbahn —, Franz-Josefsbahn —, Galizier 163%, Ungarische Staatsloose —, Reichsbank —, Darmstädter Bant —.

*) Per medis resp. per ultimi.

Hamburg, 9. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St. A. 114%, Silberrente 59%, Creditactien 116, Nordwestbahn —, 1860er Loos 100%, Franzosen 558%, Lombarden 183, Italien. Rente 70%, Vereinsbank 117%, Laurahütte 56%, Commerzbank 88, do. II. Emision —, Provinzial-Diskonto —, Norddeutsche 128, Anglo-deutsche 55%, Internationale Bank 85%, Amerikaner de 1885 96%, Köln-Mindener St. 21, 101%, Rheinische Eisenbahn do. 118%, Bergisch-Märkische do. 85%, Disconto 3% p.c. — Sehr kill.

Wechselnotirungen: London lang 20, 31 Br., 20, 25 Gld., London kurz 20, 40 Br., 20, 32 Gld., Amsterdam 168, 35 Br., 167, 55 Gld., Wien 168, 00 Br., 168, 00 Gld., Paris 80, 50 Br., 79, 90 Gld., Petersburger Wechsel 261, 00 Br., 259, 00 Gld.

Hamburg, 9. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine fest. Roggen loco fest, auf Termine besser. Weizen pr. Mai 208 Br., 207 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo 209 Br., 208 Gd. Roggen pr. Mai 151 Br., 150 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo 153 Br., 152 Gd. Hafer ruhig. Gerste fest. Rüböl fest, loco 62, pr. Mai 62, pr. Octbr. pr. 200 Pf. 64. — Spiritus fest, pr. Mai 34%, pr. Juni-Juli 34%, pr. Juli-August 35%, pr. Sept.-Octbr. per 100 Liter 100% 37%. Kaffee ruhig. Umsatz 3000 Sad. Petroleum ruhig, Standard white loco 11, 80 Br., 11, 50 Gd., per Mai 11, 50 Gd., per August-December 11, 80 Gd. — Wetter: Windig.

Liverpool, 10. Mai, Vormittags. [Bau-molle] (Anfangsbericht.) Ruthmälicher Umsatz 8000 Ballen. Gefragt, Preise unverändert. Liegeimport 8000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 10. Mai, Nachmittags. [Bau-molle] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Ruhig.

Middl. Orleans 6%, middl. amerikanische 6%, fair Dholera 4%, middl. fair Dholera 4%, good middl. Dholera 4, middl. Dholera 3%, fair Bengal 4%, good fair Broach —, new fair Domra 4%, good fair Domra 4 1/2, fair Madras 4%, fair Bernam 6%, fair Smyrna 5%, fair Egyptian 6%.

Upland nicht unter low middling Juni-Juli-Lieferung 6% o. D.

Newyork, 10. Mai, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London in Gold 4, 87%, Gold-Ago 12%, 5% Bonds per 1885 114%, do. 5% fundierte 117%, 5% Bonds 1887 120%, Griechen 15, Central Pacific —, New-York Centralbahn —, Baumwolle in New-York 12%, do. in New-Orleans 11%. Raff. Petroleum in New-York 13%. Raff. Petroleum in Philadelphia 13%. Mehl 5, 00. Mais (old mixed) 62. Rother Frühjahrsweizen 1, 30. Kaffee Rio 17%. Habanabuder 7%. Getreidefracht 7. Schmalz (Markt Wilcog) 13. Sped (short clear) 11%.

Antwerpen, 10. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinerien, Tope weiß, loco 27% bez., 28 Br., pr. Mai 27% bez., 27% Br., pr. Juni 28% Br., pr. September 29% bez. u. Br. per September-Dezember 30 Br. Steigend.

Breslau, 11. Mai, 9% Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Marte war im Allgemeinen ruhiger, bei mäßigen Zusuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, höhere Forderungen erschweren den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schw. weißer 16,60 bis 19,00—21,00 Mark, gelber 16,30—18,40 bis 19,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 14,00 bis 15,00 bis 16,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 13,00—15,00—16,00 Mark, weiße 16,50—17,20 Mark.

Hafer bei schwächerem Angebot preishaltend, pr. 100 Kilogr. 17,40 bis 18,50 bis 19,40 Mark, feinster über Notiz.

Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,50—12,30 Mark.

Erbien gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mark.

Lupinen mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. gelbe 10,00 bis 11,50 Mark, blaue 10,00—11,50 Mark.

Widen blieben vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 16,80—17,80—18,80 Mt.

Delfaaten ohne Umfaß.

Schläglein unverändert.

Bro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Weinsaat ... 27 — 25 — 22 25

Winterrappe ... 28 50 27 25 26 50

Winterrüben ... 27 25 26 — 25 25

Sommerrüben ... 28 50 27 50 26 —

Leinbotter ... 26 — 25 — 24 —

Rapsstücken mehr beachtet, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,60 Mark.

Leinuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 53—60—62—68 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 75—80—83—87 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 36—39—42 Mark.

Mehl in fester Haltung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein alt 29,75—30,75 Mark, neu 27,75—28,75 Mark, Roggen fein 26,25—27,00 Mark, Hausbaden 25,00—26,00 Mark, Roggen-Futtermehl 9,75—10,75 Mark, Weizenkleie 7,75 bis 8,50 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 9. 10. Nachm. 2 U. Abends 10 U. Morg. 6 U.

Luftdruck bei 0° ... 335" 25 335" 09 334" 43

Luftwärme ... + 7°, 9 + 5°, 7 + 3°, 7

Dunstdruck ... 2" 01 1" 92 2" 00

Dunstättigung ... 50 p.C. 58 p.C. 72 p.C.

Wind ... Ø. 3 RD. 2 RD. 2

Wetter bedeckt. trübe. bedeckt.

Wärme der Oder ... 7 Uhr Morgens - 7°, 5.

Mai 10. 11. Nachm. 2 U. Abends 10 U. Morg. 6 U.

Luftdruck bei 0° ... 334" 13 334" 26 333" 84

Luftwärme ...

Bremen, 10. Mai, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlussbericht.) Standort wiehe loco 11, 15, pr. Juni 11, 25, pr. Juli 11, 45, pr. August 12, 10. Fest.

Kopenhagen, 9. Mai. Die Nationalbank wird von morgen ab den Discout für Wechsel auf 5½–6 pCt., den Lombardinsfuß auf 6 pCt. erhöhen.

Newyork, 9. Mai. Der Dampfer „Egypt“ der National-Dampfschiffs-Compagnie (E. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Gestern Abend 9 Uhr wurde unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser [5158]

Eduard Mehler,

durch einen sanften Tod von seinen schweren Leiden erlöst.

Beerdigung Freitag, d. 12., Nachm.

2 Uhr.

Breslau, den 10. Mai 1876.

Gustav Kirchner,

Anna Kirchner, geb. Mehler.

Gestern Nachmittag um 5 Uhr entstieß nach langen schweren Leiden unser innig geliebtes Kind [5153]

Gertrud Milde.

Die trauernden Hinterbliebenen.

M. F. Lubisch und Frau.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 11. Mai. 29. Vorstellung im Bons-Aboonement. Erstes Debüt des Fräulein Hedwig Kühnau vom Hoftheater in Oldenburg. Zum 1. Male: „Gudrun.“ Schauspiel in fünf Aufzügen von Carl Caro. (Gudrun, Fr. Hedwig Kühnau.)

Lobe-Theater.

Donnerstag, 3. 9. M.: „Die Meise durch Breslau in 80 Stunden.“

Gefangenspiele in 6 Bildern von H. Salinger. Musik von G. Lehnhardt. (Helene Möwes, Fr. Sophie König.)

Schwiegerling's Figuren-Theater.

Zwingerplatz, vis-à-vis Weberbauer.

Donnerstag, den 11. Mai: Dornröschen, Feenmärchen in 4 Acten und 15 Bildern. Hierauf neues Ballett und Tableau. Anfang 7½ Uhr. [5152]

Nachmittag 5 Uhr: Extra-Vorstellung für Schüler und Schülerinnen nebst einer Verlosung von 3 Gewinnen. 1. Platz 25 Pf., 2. Platz 15 Pf. Jedes erhält zwei Lose gratis.

Fabig's Restaurant und Café chantant.

Täglich: [6625]

Concert u. Vorstellung.

Aufstreten

der englischen Chansonette-Sängerin Miss Jessi Backer, der franz., deutschen und österreichischen Chansonette-Sängerinnen, sowie des Gesangs- und Charakter-Komikers Herrn Neumann.

Moses Scherbel in der Tanzstunde. 1, 2, 3, bei der Bank vorbei. Anfang 7½ Uhr Entrée 50 Pf.

Seidels Restaurant,

Sonnenstraße Nr. 4, nächst dem Freiburger Bahnhof, empf. ergebenst ein Gartenlokal mit Kegelbahn und Billard geneigt. Besuch unter Zusicherung aufmerksamer Bedienung.

Reichhaltige Speisekarte, gute Biere, billigen Mittagstisch. [6873]

F. Prasse's Brauerei zu Dyhernfurth.

Den geehrten Besuchern von Dyhernfurth empfiehlt ein gutes Glas Lagerbier und do. Küche bei prompter Bedienung und soliden Preisen einer gerechten Bezahlung. [1937]

Auch sind daselbst 2 Familien-Sommerwohnungen, möbliert, zu vermieten.

Hochachtungsvoll
F. Prasse.

Breslauer Baubank.

4. ordentliche General-Versammlung.

Wir benachrichtigen hierdurch die Actionären der Breslauer Baubank, daß gemäß § 27 des Statuts der Gesellschaft die diesjährige ordentliche General-Versammlung

Freitag, den 26. Mai c., Nachmittags 4 Uhr, im Geschäftslocal Holsteistr. 45 stattfindet.

Die Tagesordnung bildet:

1. die Erstattung des Geschäftsbuchs,
2. die Genehmigung des Rechnungsabschlusses gemäß § 34 des Statuts und die Erteilung der Deckcharge,
3. die Neuwahl dreier Mitglieder des Aussichtsrath (§ 17 des Statuts).

Zur Theilnahme an der General-Versammlung sind nur solche Actionäre berechtigt, welche spätestens am 19. Mai d. J. ihre Aktionen bei der Gesellschaftshaus hinterlegt haben.

Breslau, den 9. Mai 1876.

Der Aussichtsrath

der Action-Gesellschaft

Breslauer Baubank.

Hugo Heimann,
Vorsitzender. [7065]

Gestern Abend 9 Uhr wurde unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser [5158]

Eduard Mehler,

durch einen sanften Tod von seinen schweren Leiden erlöst.

Beerdigung Freitag, d. 12., Nachm.

2 Uhr.

Breslau, den 10. Mai 1876.

Gustav Kirchner,

Anna Kirchner, geb. Mehler.

Gestern Nachmittag um 5 Uhr entstieß nach langen schweren Leiden unser innig geliebtes Kind [5153]

Gertrud Milde.

Die trauernden Hinterbliebenen.

M. F. Lubisch und Frau.

Gestern Nachmittag um 5 Uhr entstieß nach langen schweren Leiden unser innig geliebtes Kind [5153]

Gestohlen.

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai c. wurden aus

meiner Behausung außer baarem Gelde gestohlen nach-

folgende 5 proce. Prioritäts-Obligationen der

F. F. priv. öst. Staatsbahn Nr. 6176, 30451,

32214, 32215, 32216, 32217, 58791, 58792 mit

laufenden Coupons vom 1. Mai 1876 ab. — Vor

Ankauf wird gewarnt. [7060]

Brieg, 9. Mai 1876.

Gustav Kirchner,

Anna Kirchner, geb. Mehler.

Gestern Nachmittag um 5 Uhr entstieß nach langen schweren Leiden unser innig geliebtes Kind [5153]

C. Theuerling.

Erdmannsdorfer Actien-Gesellschaft

für Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei u. Weberei

zu Erdmannsdorf.

Viertre ordentliche General-Versammlung Dienstag, den 30. Mai er,

Vormittags 10 Uhr, im Courszimmer der Berliner Börse,

Neue Friedrichstraße Nr. 51.

Tagesordnung:

- 1) Geschäftsbericht der Direction und Vorlegung der Bilanz pro 31. Dezember 1875.

2) Mittheilung über das mit der Königlichen Seehandlung wegen Abwicklung der noch restirenden Gesellschaftsschuld getroffene Abkommen und Antrag auf dessen Genehmigung.

3) Antrag auf Änderung des § 30 der Statuten, die Berechtigung, Ge-

neral-Versammlungen eventuell auch in Hirschberg i. Schl. abhalten zu können, betreffend.

4) Antrag auf Änderung des § 29 der Statuten, Remuneration für den Aussichtsrath in bestimmten Fällen betreffend.

5) Antrag eines Actionärs auf Änderung der Statuten, und zwar:

a. des § 30, die erleichterte Einberufung außerordentlicher General-

Versammlungen betreffend;

b. des § 40, die frühere Auszahlung der Dividende betreffend.

Diesen Actionären, welche an der General-Versammlung Theil nehmen wollen, haben ihre Aktionen laut § 31 der Statuten nebst einem doppelten Nummernbereich bis spätestens bis zum 27. Mai. Abends 6 Uhr,

in Mittel-Billerthol i. Schl. bei der Gesellschaftskasse,

in Berlin bei der Preußischen Bodencredit-Actien-Bank,

in Breslau bei der Schlesischen Vereinsbank

gegen Quittung zu deponieren. Geschäftsberichte und Bilanz können an ge-

nannten Stellen vom 20. Mai c. ab in Empfang genommen werden.

Berlin, den 5. Mai 1876. [7063]

Der Aussichtsrath. Robert Thode.

Allgemeine Wiener Bau-Actien-Gesellschaft

(Brigittenauer).

Postleit von Wiener Silberhandbrieff der Desterr. Hypothekar-Menten-

Bank Ser. A. werden aufmerksam gemacht, daß die Allgemeine Wiener Bau-

Actien-Gesellschaft diese Handbrieffe gegen Bauparcellen und Häuser unter-

couanten Bedingungen eintauscht.

Auf diesbezügliche Anfragen ertheilt bereitwilligst Auskunft

Die Direction,

I. Schottenring Nr. 23.

Wien, den 6. Mai 1876.

Der Aussichtsrath.

Wien! Wien! Wien!

Eiserne Box- und Ziegelfarren,

in anerkannt geschmackvoller, dauerhafter Arbeit. [5096]

Bamberger, Schnürmieder- und Grabhalter-Fabrik,

Oblaeuferstr. Nr. 81, 1. Etage (im zweiten Viertel vom Ringe links).

sehr praktisch und leichte Handhabung.

liefer unter Garantie der Haltbarkeit zu civilen Preisen. [5096]

die Eisengießerei u. Maschinenfabrik

von J. G. Geisler, Schweidniz.

Die Eisengießerei u. Maschinenfabrik

von J. G. Geisler, Schweidniz.

Ich bin zurücksgekehrt.

Dr. Burchard,

dirig. Arzt des Schles. Vereins zur

Heilung armer Augenträger.

(Kirchstraße 16.) [5154]

Privatbin ich für Augenträger

wie bisher in meiner Wohnung Tauen-

zienstr. 83 Nachm. 3–4 Uhr zu sprechen.

entgegengenommen. [6777]

Ratibor, den 26. April 1876.

Das Curatorium

der

städtischen Gas-Anstalt.

Am 18. Mai d. J. wird bei

Gericht in Rogasen das Gut

Neuwörwerk Nr. 1, bestehend

aus 185 Hect. = 739 Thlr.

Grundsteuerreinertrag, meist-

bietend verkauft. Dasselbe liegt

unmittelbar an der Stadt

Obornik (fünftiger Eisenbahnhof)

und wird an 2 nach Samter

und Posen führenden Chausseen.

Der vortheilhafteste Lage

wegen und da das Gut fast

durchgängig Weizenboden hat,

bietet sich Gelegenheit zum vor-

theilhaftest Kauf. Die Preu-

sische Central-Bodencredit-

Actien-Gesellschaft hat 22,500

Thaler darauf eingetragen.

Es werden Landwirthen hier-

auf noch besonders aufmerksam

gem